

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0 0 3 3 / 2 0 2 4 / I V

Datum:
06.03.2024

Federführung:
Dezernat V, Bürger- und Ordnungsamt

Beteiligung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Betreff:

**Öffentlichkeitskampagne des Bürger- und
Ordnungsamtes gegen sexualisierte Übergriffe**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	21.03.2024	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	17.04.2024	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	02.05.2024	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit, des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Gemeinderats nehmen die Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• keine	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Ein konkreter Umsetzungsvorschlag der Verwaltung wird nach einem engmaschig abgestimmten Beteiligungsprozess der Fachämter und den entsprechenden Fachstellen erarbeitet und den Ausschüssen und dem Gemeinderat im Herbst vorgelegt. Eine Umsetzung der Kampagne ist für 2025 geplant.

Begründung:

Auf den Antrag Nummer: 0121/2023/AN der Fraktionen SPD, Grüne, CDU und LINKE vom 30.11.2023 eine Öffentlichkeitskampagne gegen Catcalling, (verbale) Belästigung und sexuell motivierte Übergriffe im öffentlichen Raum zu starten, welche gleichzeitig klar und deutlich auf die bestehenden Hilfestrukturen bei Gewalterfahrungen in Heidelberg sichtbar hinweisen soll, ergeht folgende Information:

Sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum ist eine der am weitläufigsten verbreiteten Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie umfasst verschiedene Formen, unter anderem nonverbale sexuelle Belästigung, verbale sexuelle Belästigung und körperliche sexuelle Belästigung bis hin zu sexualisierter Gewalt (sexuelle Nötigung, Vergewaltigung). So gehören zum Beispiel bereits Hinterherpfeifen, anzügliche Bemerkungen, abwertende Sprüche, sexualisierte Gesten, Witze mit sexuellem Hintergrund oder auch Anhupen ebenfalls zu Formen von sexueller Belästigung. Für verbale sexuelle Belästigung (ohne Körperkontakt) hat sich auch der Begriff „Catcalling“ etabliert. Nonverbale beziehungsweise verbale Formen von sexueller Belästigung können Vorstufen von körperlicher sexueller Belästigung oder sexualisierter Gewalt sein. Ausschlaggebend ist hierbei nicht die Absicht der Person, die sexuell belästigt, sondern wie dieses Verhalten bei den Betroffenen wahrgenommen wird. Bereits nonverbale und verbale Belästigung würdigt eine Person aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung herab. Es handelt sich hierbei um eine Ausübung von Macht und Dominanz, die für die betroffene Person dauerhafte (psychische) Folgen haben kann.

Hauptsächlich betroffen von sexueller Belästigung sind Frauen sowie Lsbtiq+ Personen sein. So zeigen Studien des Bundesfamilienministeriums und der EU, dass zwei von drei Frauen von sexueller Belästigung im Alltag betroffen sind. Weitere Umfragen ergeben hier auch eine Betroffenheit zwischen 80 - 90 Prozent. Auch für Lsbtiq+ Personen haben verschiedene Erhebungen gezeigt, dass es eine massiv erhöhte Betroffenheit von sexueller Belästigung vorliegt, die vergleichbar der von Frauen ist.¹

¹vergleiche:

„Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland.“ Von Schröttle, Monika/ Müller, Ursula. Hrsg. BMFSFJ, 2004

„Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung“. Hrsg. Europäische Grundrechteagentur (FRA), 2014

„Primärbericht: Sexuelle Grenzverletzungen und sexualisierte Gewalt.“ Von Anja Kruber, Konrad Weller und Gustav-Wilhelm Bathke, Sexualwissenschaftliche Schriften Bd. 10, 2021.

„„Catcalling“-Studie: Sexuelle Belästigung als Alltagserfahrung“ (Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, 2021) Link: <https://kfn.de/forschungsprojekte/catcalling/>

„Sicher Out – Geschützt vor Diskriminierung und Gewalt in der Region Rhein-Neckar?“ (PLUS e.V., 2018) Link: https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-172696825/heidelberg/Objektdatenbank/16/PDF/Diskriminierung/SICHER-OUT_Dokumentation_Web.pdf

„Genderbasierte Hate Crime Relevanz und Folgen“ (Hermann, Göth, Landmann, 2023) Link:

<https://elibrary.klett-cotta.de/article/10.21706/tg-17-4-322>

Die aktuellen Sicherheitsbefragungen der Städte Heidelberg und Mannheim bestätigen diese Ergebnisse. Auch hier zeigt sich eine besonders hohe Angst davor von sexuelle Belästigung/Belästigung/sexualisierter Gewalt betroffen zu sein. Eine Studie des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Thema Catcalling von 2021 hat dabei aufgezeigt, dass eine Sensibilisierung für das Thema in der Öffentlichkeit dringend notwendig ist. Dies gilt in besonderem Maße für spezifische Orte und Plätze in Städten, wo sich diese Zielgruppen besonders unsicher fühlen beziehungsweise erhöht von Übergriffen betroffen sind. Neben Maßnahmen, wie das Projekt "Luisa ist hier", die konkret vor Ort in spezifischen Lokalitäten des Nachtlebens stattfinden, sind ebenfalls Maßnahmen, die alltäglicher in die allgemeinere Bevölkerung wirken, entscheidend. In diesem Rahmen haben sich besonders Öffentlichkeitskampagnen zum Thema sexuelle Belästigung bewährt.

Dies zeigen besonders auch Best Practice Beispiele aus verschiedenen Städten Deutschlands. So wurde die Kampagne der Stadt Dortmund zum Thema sexuelle Belästigung an Frauen weitläufig rezipiert und als positiv bewertet. Auch Hannover, Leipzig, Köln und Oldenburg haben vergleichbare Kampagnen in den letzten Jahren durchgeführt. Kampagnen zum Schutz vor Belästigung an Lsbtiq+ Menschen finden sich in Stuttgart, Köln, München und Berlin. Bei den Kampagnen für beide Zielgruppen hat sich gezeigt, dass hier eine professionelle Konzipierung der Inhalte essenziell ist für ein Gelingen eines solchen Vorhabens: nicht ausreichend durchdachte und konzipierte Kampagnen können hier einen kontraproduktiven Effekt, da sich die Zielgruppen nicht ernst genommen fühlen. Auch auf das Sicherheitsempfinden beziehungsweise die konkreten Sicherheiten der Zielgruppen kann dadurch negativ beeinflusst werden. Grundlegend ist daher Konzipierungs- und Umsetzungsprozess, der einem hohen fachlichen Anspruch standhält und nachhaltig wirken kann. Dies beinhaltet einerseits die Beauftragung einer externen Agentur mit der Umsetzung der Kampagne sowie ein in engmaschig abgestimmter Beteiligungsprozess, der neben den Fachämtern der Stadtverwaltung auch die entsprechenden Fachstellen für Gewaltschutz, wie zum Beispiel Polizei, Frauennotrufe, Fachberatungsstellen für Lsbtiq+ Personen, einbezieht. Auch eine Kooperation mit den öffentlichen Verkehrsbetrieben hat sich als wichtig erwiesen. Der finanzielle Aufwand in anderen Kommunen belief sich hierbei zwischen 50.000 Euro - 75.000 Euro. Ein konkreter Umsetzungsvorschlag der Verwaltung – sowie vergleichbare Best Practice Beispiele aus anderen Kommunen – wird den Ausschüssen und dem Gemeinderat im Herbst vorgelegt. Eine Umsetzung der Kampagne ist für 2025 geplant.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Der Beirat von Menschen mit Behinderung wurde beteiligt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes		
Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ2	+	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen
		Begründung:
		Die Öffentlichkeitskampagne soll für das Thema sensibilisieren.
2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:		
Keine		

gezeichnet
Martina Pfister